

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 154 B

BERLIN • Sonntag, den 3 Juli 1932

1 JAHRGANG

Mißbrauch der Polizei gegen Arbeiter.

Amtliche Statistik des Lohnraubs.

Von Hellmut Rauschenplat.

Die Kaufkraft selbst der beschäftigten Arbeiter ist während der zuletzt vergangenen Jahre gesunken, sie ist niedriger als in der Vorkriegszeit, — das fühlt der einzelne Arbeiter und noch mehr seine Frau, die den Haushalt führt.

Die Tariflohn-Statistiken sind nicht geeignet, ein Bild von der Senkung der Kaufkraft zu geben, auch dann nicht, wenn man unter Benutzung des amtlichen Lebenshaltungsindex den tariflichen Reallohn errechnet. Denn die tatsächlichen Verdienste sinken in Krisenzeiten rascher als die Tariflöhne. Um so wichtiger sind die vom Statistischen Reichsamt vorgenommenen Erhebungen über die tatsächlichen Arbeitsverdienste. Eine solche Erhebung hat in der eisen- und stählerzeugenden Industrie im Oktober 1928 und im Oktober 1931 stattgefunden. Wir vergleichen im folgenden die Ergebnisse dieser beiden Erhebungen mit einander und ferner mit Angaben über die Vorkriegsverdienste, in enger Anlehnung an das neueste Heft von „Wirtschaft und Statistik“.

Erfaßt wurden von der neuesten Erhebung 44 Betriebe mit rund 40 600 Arbeitern. Die Erhebung ist also weit genug ausgedehnt worden, um Schlüsse auf die Lage der gesamten noch arbeitenden Arbeiterschaft in der eisen- und stählerzeugenden Industrie zu erlauben.

Verdienstrückgang vom Oktober 1928 bis Oktober 1931.

In der Zeit zwischen den beiden Erhebungen sind im Gesamtdurchschnitt aller Betriebszweige die Stundenverdienste um 9 Prozent zurückgegangen.

Der Rückgang der Wochenverdienste, auf die es für die Haushaltsführung ja ankommt, war erheblich größer. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit war nämlich um 23 Prozent zurückgegangen; infolgedessen lagen die Wochenverdienste 30 Prozent unter denen vom Oktober 1928.

Dabei lehrt die Tariflohn-Statistik, daß vom Oktober 1928 bis zum Oktober 1931 die

Tariflöhne um 1,4 Prozent gestiegen

sind! Die vorliegende Untersuchung über die tatsächlichen Verdienste zeigt also klar, daß zur Zeit die Tariflohn-Statistik nur den einen „Wert“ hat, die Öffentlichkeit irre — und die Arbeiterschaft an der Nase herum zu führen.

Woher kommt es, daß trotz des Steigens der Tariflöhne die durchschnittlichen Stundenverdienste gesunken sind? Verschiedene Umstände tragen dazu bei: Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit führt zum Fortfall von Zuschlägen für Ueberstunden, Sonntagsstunden u. s. w. Vor allem aber sind die übertariflichen Verdienste abgebaut worden: Leistungszulagen, Akkordübertarife, Prämienzuschläge. Im Gesamtdurchschnitt aller Betriebszweige und derjenigen Arbeitergruppen, für die eine Tarifvergleichung durchgeführt werden konnte, ist die Ueberschreitung der Tariflohnsätze durch die tatsächlichen Verdienste von 31 Prozent auf 19 Prozent, das heißt: um rund 38 Prozent zurückgegangen.

Im einzelnen hat sich weitgehend eine Angleichung der höchsten und niedrigsten Verdienste vollzogen:

Die im Stücklohn beschäftigten Arbeiter hatten 1928 im Durchschnitt einen um 25 Prozent höheren Stundenverdienst als die im Zeitlohn Beschäftigten. Diese Spanne ist um rund ein Drittel verringert worden, dadurch daß bei den Zeitlohnarbeitern die Stundenverdienste nur um 4 Prozent, bei den Stücklohnarbeitern aber um 10 Prozent sanken. In derselben Richtung wirkte, daß der Abbau der übertariflichen Verdienste bei den Zeitlohnarbeitern geringer war als bei den Stücklohnarbeitern; bei den Zeitlohnarbeitern wurde 18 Prozent der Ueberschreitung des Tariflohnsatzes abgebaut, bei den Stücklohnarbeitern 45 Prozent.

Schließlich ist auch die wöchentliche Arbeitszeit der Zeitlohnarbeiter etwas weniger verkürzt worden als die der Stücklohnarbeiter: Um 21 Prozent gegenüber 23 Prozent.

Insgesamt steht infolgedessen einem Rückgang der Wochenverdienste im Stücklohn um 31 Prozent ein solcher von nur 24 Prozent bei den Zeitlohnarbeitern gegenüber.

Die Stundenverdienste der Walzer, die höchsten von der ersten Erhebung festgestellten Verdienste, sind weit überdurchschnittlich zurückgegangen, nämlich um 16 Prozent.

SA mit Ordnungsdienst beauftragt!

Hk. In Dessau, also einem Lande, das seit einiger Zeit von NS regiert wird, wollen die Nazis am Sonnabend und Sonntag ein Treffen veranstalten, zu dem 20 000 auswärtige SA-Knecchte angemeldet waren. Der Ministerpräsident Freyberg (NS) hat für die beiden Tage dem demokratischen Dessauer Oberbürgermeister das Kommando über die städtische Polizei entzogen und diese der Landespolizei unterstellt. Diese ihrerseits wird unterstützt werden von der SA; denn Freyberg hat

der SA erlaubt, „in Zusammenarbeit mit der Polizei Ordnungsdienst auszuüben“.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Seger aus Dessau hat bei den Behörden, bei Herrn von Gayl persönlich, gegen das unerhörte Verhalten Freybergs protestiert.

Was soll die Arbeiterschaft tun?

Die Eiserner Front hat die Parole ausgegeben: „Fenster zu und Straßen leer!“, während — wie der „Vorwärts“ mitteilt — die Kommunisten durch ein Flugblatt auffordern, sich gegen Angriffe der Nazihorden auf der Straße zur Wehr zu setzen.

Unsinnig ist an diesem Verhalten sicher dies, daß die Arbeiterschaft nicht einheitlich vorgeht.

Zwei entgegengesetzte Parolen angesichts einer solchen Bedrohung!

Welche der beiden Parolen richtig ist, läßt sich nur auf Grund der Kenntnis der örtlichen Verhältnisse entscheiden. Man muß dazu die Gesinnung der Polizisten und andere Faktoren des Kräfteverhältnisses kennen.

Aus der Ferne kann man über das Kräfteverhältnis folgendes sagen: Bei den Wahlen am 24. April erhielten die Arbeiterparteien in Anhalt 44 Prozent aller Stimmen, während die Nazis nur 41 Prozent hatten. Die Kommunisten für sich hatten nur rund 9 Prozent. Isoliertes Vorgehen der Kommunisten auf der Straße erscheint hiernach aussichtslos.

AUS DEM INHALT:

Die Herrenklub-Briefe „dementiert“.

Im Zeichen der SA.

Wera Figner achtzig Jahre alt.

Zwei bedeutende Gewerkschaftskongresse.

Die Gelbsucht der Papen-Regierung. Theorie und Praxis der Siedlung.

Was aber würden die Arbeiterparteien bei solidarischem Zusammengehen hier ausrichten können!

Natürlich entscheiden nicht nur die Zahlen, sondern auch der Mut des Auftretens. Der ist bei den Arbeitern der verschiedenen Parteien nicht verschieden — wenn ihnen nur seitens der Führung die Bahn freigegeben ist, sich zur Wehr zu setzen.

Der Grundsatz „Laßt euch nicht provozieren“ reicht zur Entscheidung hier nicht aus. Das zeigt z. B. der Erfolg der Kommunisten in Wuppertal, die vor einiger Zeit Hunderte von Nazi-Eindringlingen aus einer Arbeiterstraße heim-schickten und ihnen dabei mehrere Tote und sehr viele Verletzte (einige Berichte meldeten weit über hundert) beibrachten. Seitdem haben die Nazis einen derartigen Angriff in Wuppertal nicht wiederholt.

Bei dem vielfachen Versagen der Polizei, wenn es darauf ankommt, Arbeiter gegen Nazis zu schützen, bleibt den Arbeitern nur die Wahl, weiteres Anschwellen der Nazi-frechheiten mit ihrem eigenen Blut zu bezahlen, oder aber sich zur Wehr zu setzen.

Wo eine solche Gegenwehr zustandekommt — und das ist eine Frage der Einheitsfront —, da ist nach Erfahrung der Mut der Nazis nicht überwältigend.

Papen vor der Entscheidung.

S.H. „Die Falle ist zugeklappt, die Restzahlung ist drin, und die Gleichberechtigung ist draußen.“ Dieses Wort von einem französischen Beobachter der Lausanner Konferenz, das die „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, gibt sehr gut die Stimmung wieder, die, zum mindesten bei den Gläubigermächten, zu herrschen scheint. Freilich ist Deutschland noch nicht gefragt worden, ob es den Tatbestand, den jener Ausspruch wiedergibt, anerkennt. Erst am Sonnabend wird die große Erklärung, die das Reparationsbüro am Freitag ausgearbeitet hat, den deutschen Vertretern vorgelegt werden. Eine Fühlungsnahme Papens mit dem Kabinett in Berlin findet nicht statt; man spricht von einer Kabinettsitzung, die irgendwo in Süddeutschland abgehalten werden soll.

Die Vorschläge, wie sie einstweilen in den „Wandelgängen“ erörtert werden, laufen im wesentlichen in der Linie, die wir gestern angegeben haben. Deutschland zahlt eine Restzahlung, deren Höhe noch nicht feststeht. Die Mächte werden einen Teil davon — man spricht von 75 Prozent — an Amerika ausliefern, falls dieses sich nicht bereit erklärt, auf Grund des

Abkommens mit Deutschland auch seinerseits einen Strich durch seine Forderungen zu machen. Sollte Amerika die Schulden streichen, so zahlt Deutschland die restlichen 25 Prozent der vorgesehenen Summe an die BIZ; die Verwendung dieses Restbetrages wird noch umkämpft.

Kurz und bündig also noch einmal: Abrüstungsfragen stehen nicht zur Diskussion, eine Restzahlung von Deutschland scheint eine unerläßliche Bedingung der Gläubigermächte zu sein. Lehnt Deutschland diesen Vorschlag ab, so wird man von Seiten der Mächte Deutschland die Schuld für den Abbruch der Konferenz in die Schuhe schieben.

Das ist die Situation, vor der Papen steht. Wie wird er herauskommen? Die Rechtspresse ist merkwürdig zurückhaltend. Hindenburg ist bereits wieder nach Neudeck abgereist. Das deutsche Volk folgt diesen Reisen des alten Herrn, dem es seinen Erholungsurlaub im übrigen von Herzen gönnt, mit einem politischen Mißbehagen. Wollen die Herren in Berlin für die Entscheidung Papens freie Bahn haben?

Andererseits sind zum Beispiel die Stundenverdienste in den mechanischen und elektrischen Reparaturwerkstätten, die bei der ersten Erhebung verhältnismäßig niedrig lagen, am wenigsten zurückgegangen: um nur 3,5 Prozent.

Die Spanne zwischen den Wochenverdiensten der Stahlwerk-schmelzer und denen der Hochofenschmelzer hat sich von 6 auf 2 Prozent verringert.

In all diesen Fällen beobachten wir eine gewisse Angleichung der Lohnsätze, ein deutliches Zeichen dafür, wie nahe die niedrigeren Lohngruppen am äußersten Existenzminimum stehen. Der Druck auf ihre Löhne begegnet einem

stärkeren Widerstand als der Druck auf die Löhne der besser gestellten Arbeitergruppen. Andererseits wird deutlich, daß nach und nach alle Arbeitergruppen in die Zone der völligen Verelendung hineintrücken.

Vorkriegszeit-Oktober 1931.

Noch interessanter ist die Vergleichung der Verdienste vom Oktober 1931 mit den Vorkriegsverdiensten. Die Vergleichung ist schwierig. Das Statistische Reichsamt hat durch Berücksichtigung der Lohnsteuer-Abzüge und der

China-Bericht erst im November.

Am Freitag nachmittag trat die außerordentliche Völkerbundsversammlung zusammen, um die Frist für den Bericht, den die Mandschurei-Kommission des Völkerbundes über den chinesisch-japanischen Streitfall zu erstatten hat, bis zum 1. November zu verlängern.

Der chinesische Vertreter Yen erklärte, daß die chinesische Regierung ihre Zustimmung zu dieser Verschiebung nur mit Widerstreben gegeben habe. Es sei nicht die Schuld seiner Regierung, daß die Kommission in den angesetzten sechs Monaten nicht fertig geworden sei; sie sei eben zu spät an Ort und Stelle gekommen. Eine Beschleunigung aller Bestrebungen, die zur Bereinigung des chinesisch-japanischen Konfliktes dienen, sei um so dringender geboten, als zwischen die mandchurische Marionettenregierung alles tue, den Chinesen die Verbindung mit der Mandschurei unmöglich zu machen. In der Mandschurei selber wüthete der Krieg — wenn auch nicht auf Grund einer offiziellen Kriegserklärung. Infolge des japanischen Einfalls hätten die Bauern ihre Felder nicht bestellen können. Es drohe die Hungersnot. Die chinesische Regierung verlange, daß die Völkerbundsversammlung, wenn sie die Fristverlängerung beschließe,

zugleich klar ausspreche, daß sie keine weitere Erschwerung der Lage Chinas in der Mandschurei dulden werde.

Der chinesische Appell fand vor der großen Arena des Völkerbundes einen gewissen Widerhall nur bei den Vertretern Schwedens, Spaniens, Mexikos und der Tschechoslowakei. Der Schwede warf die Frage auf, ob nicht die Behörden des Völkerbundes selber an der Verzögerung schuld seien.

Dann schloß der Vorsitzende der Versammlung, der Belgier Hymans, die Sitzung mit der Feststellung, daß die Fristverlängerung angenommen worden sei.

An Stelle der von der chinesischen Regierung geforderten Erklärung — die die Zusage einer Aenderung der Völkerbundstaktik enthalten hätte — erfolgte eine kraftlose und den Gedanken an Völkerbundsaktionen von vornherein ausschaltende Erklärung. Hymans erinnerte an eine Völkerbundsentscheidung im März, aus der schon hervorgehe, daß die Völkerbundmitglieder keinen Tatbestand anerkennen würden, der nicht im Einklang mit den Grundsätzen der Völkerbundsatzung zustande gekommen sei.

Yen hatte wieder einmal vergeblich gesprochen.

Sozialversicherungsbeiträge einige Schwierigkeiten beseitigt. Der amtliche Lebenshaltungsindex, bei dessen Errechnung von Vorkriegsverhältnissen ausgegangen wird, liegt der Vergleichung der Realverdienste (der Kaufkraft) zu Grunde. In den Lebensgewohnheiten hat sich aber seit der Vorkriegszeit allerhand geändert; manche Ausgabenposten (zum Beispiel die Wohnungsmiete) haben heute ein geringeres Gewicht, andere wieder ein größeres. Darum hinkt die Vergleichung. Das Bild wird wahrscheinlich zu milde gezeichnet. Es sieht aber doch so aus:

Im Gesamtdurchschnitt lagen die Stundenverdienste um 71 Prozent über dem Vorkriegsstand.

Die Unternehmervertreter werden sich freuen, diese Ziffer zitieren zu können!

Infolge des Rückgangs der Wochenarbeitszeit sind die Wochenverdienste (in Geld gerechnet) nur um 13 Prozent gestiegen. Diese Steigerung liegt bereits unter der des amtlichen Lebenshaltungsindex, der im Oktober 1931 auf 133 stand. Unternehmervertreter werden es also möglichst vermeiden, von den Wochenverdiensten zu sprechen!

Um so wichtiger ist es für die Arbeiter, zu wissen, daß infolge Aenderung der Arbeitszeit die Vergleichung der Stundenverdienste ein völlig schiefes Bild ergibt.

Nun die Vergleichung der Real-Wochenverdienste nach Abzug der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge: Im Durchschnitt der verschiedenen Arbeitergruppen ist

das reale Wohneinkommen (die Kaufkraft) um rund ein Fünftel unter den Vorkriegsstand gedrückt.

Das reale Wohneinkommen der Walzer ist gegenüber der Vorkriegszeit fast halbiert.

Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, herausgegeben vom Statistischen Reichsamt, gilt nicht als Hetzblatt. Herr von PAPAN wird trotzdem keine Freude an ihren Veröffentlichungen haben. Hoffentlich gelten diese nicht als die famose „Entstellung der Tatsachen“.

Die Herrenklub-Briefe. Ein aufschlußreiches Dementi.

h Berlin, 1. Juli.

Die Telegraphen-Union teilt mit: Eine demokratische Zeitungskorrespondenz hat ein angebliches Rundschreiben des Berliner Herrenklubs, das von verschiedenen Zeitungen groß aufgemacht worden ist, veröffentlicht. Zu dieser großen Aufmachung liegt, wie an zuständiger Stelle erklärt wird, umso weniger Anlaß vor, als es sich nur um

törichte Klubgespräche

handelt. Was die angebliche Auffassung des Verfassers angeht, so sei dies seine Sache. Was die in dem Rundschreiben aufgeführte Tatbestände angeht, so seien dies Legenden, auch soweit die Vorgänge anlässlich der Bildung der jetzigen Regierung sowie auch der Regierung Brüning berührt werden.

Das Wichtigste an diesem Dementi ist offenbar, daß die Echtheit der beiden Schreiben des Herrenklubs nicht bestritten

wird. Ob die Schreiben, deren Echtheit also nicht bestritten wird, Legenden enthalten, darüber mögen sich nun zunächst die Unterzeichner, Rosenberger und von Gleichen, vom Herrenklub, äußern.

Was den Anlaß zur großen Aufmachung angeht, so bestand er zwar nicht für die Presse der Herren vom Herrenklub, wohl aber für uns.

Wera Figner.

M. S. Selbst wenn Wera Figner, die russische Vorkämpferin der Oktoberrevolution, in diesen Tagen nicht achtzig Jahre alt geworden wäre — kämpfende Sozialisten haben Anlaß, sich in unseren Zeiten dieser Frau zu erinnern. Beim Lesen ihrer Lebenserinnerungen, die viel zu wenig bekannt sind, werden sie die unmittelbare Gegenwartskraft fühlen, die aus diesen Erinnerungen hervorbricht. Wir begegnen bei Wera Figner einem Menschen, dessen politische Taten beweisen, welchem Druck ein Revolutionär standhalten vermag. Diese Taten entsprangen der eisernen Disziplin ihres glühenden Willens, der unbestechlichen Kraft ihres großen und völlig reinen Charakters.

Die Vorstellung der Notwendigkeit ihrer revolutionären Aufgabe beherrschte diese Frau wie eine Macht. Sie hat ihr Leben dieser Macht unterworfen. Den Folgen, denen ein solches Leben im zaristischen Rußland ausgesetzt war, sah sie mit ruhiger Sicherheit ins Auge. Sie wußte, daß die Motive, die sie zu jener „Blutgier“ trieben, von denen ihre Richter sprachen, nicht „unehrenhaft“ waren. So einfach sind ihre Worte für Handlungen, die die Befreiung des russischen Volkes vorbereitet haben.

1884 hat man ihr den Prozeß gemacht, der sie — nach anfänglichem Todesurteil — zu lebenslänglicher schwerer Kerkerhaft in der Schlüsselburg verurteilte.

1904, nach 20 Jahren, wurde sie begnadigt. Zwei Jahre noch mußte sie in der Kälte der Gouvernements Archangelsk leben. Dann endlich erhielt sie einen Auslandspaß. Von der politischen Polizei im Inland bewacht, im Ausland in ihrer Arbeit für russische Gefangene behindert, arbeitete sie abwechselnd in Rußland und in Frankreich. Zu Beginn des Krieges kehrte sie nach Rußland zurück und wurde unter Polizeiaufsicht gestellt. Die Revolution von 1917 erlebte sie in Petrograd. Im Schatten dieser Revolution, deren politischem Motor, der Kommunistischen Partei, sie innerlich fremd blieb, lebte sie noch heute in Moskau.

„Nacht über Rußland“ hat sie das Buch genannt, das ihre Lebensgeschichte enthält. Die Nacht über Rußland haben sie und ihre Genossen, die „Terroristen“ aufhellen wollen durch die Niederwerfung der Selbstherrschaft, durch eine gegen die Regierung gerichtete organisierte Verschwörung, die dem Zarismus die Macht entwenden sollte. Diese Revolutionäre erwarteten von der Ermordung des Zaren einen allgemeinen Umsturz, die Errichtung einer Republik, die Uebergabe des Landes an die Bauern. Sie hielten nichts

*) Wera Figner: „Nacht über Rußland“, Berlin, Malik-Verlag, 1928.

Windstille in Genf.

Die inoffiziellen Abrüstungsbesprechungen zwischen den einzelnen Genfer Abordnungen sind wieder eingestellt worden, zumal die wichtigsten von ihnen, die Verhandlungen der Engländer, Franzosen und Amerikaner, über den Hoover'schen Abrüstungsplan, sich als völlig unfruchtbar erwiesen haben. Wie man berichtet, wollten die Engländer gerade diejenigen Teile des Plans annehmen, an deren Aenderung den Franzosen gelegen war und umgekehrt, während die Amerikaner den Plan nur als Ganzes zur Diskussion stellen wollten. So kam man nicht weiter.

Die japanische Regierung hat inzwischen ihren Vertreter in Genf telegraphisch angewiesen, den Plan abzulehnen.

Das Büro der Konferenz ist auf den 5. Juli zu einer Sitzung einberufen worden. Bis dahin wird sich in Genf voraussichtlich nichts Entscheidendes ereignen. Der Stoß, durch den Hoover die Konferenz zu beleben versuchte, ist wirkungslos verpufft.

Der Kampf um die Mandschurei. China sucht Anschluß im Westen.

Die Verwaltung der chinesischen Ostbahn hat sich dem deutsch-russisch-litauischen Eisenbahnabkommen angeschlossen, das den Durchgangsverkehr zwischen dem Fernen Osten und Europa auf dem Wege über Rußland regelt. Die Vereinbarung ist schon am Donnerstag in Kraft getreten.

Der chinesische Delegierte Wang in Moskau hat im russischen Außenkommissariat den Vorschlag unterbreitet, einen russisch-chinesischen Nichtangriffspakt abzuschließen und damit die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder aufzunehmen.

Japan rückt vor.

Die chinesische Zolleinnahmestelle in Mandschuria an der mandchurisch-sibirischen Grenze ist von japanischen Polizisten umzingelt und besetzt worden. Sämtliche Zollgelder wurden beschlagnahmt.

Amerika hat Schulden!

f Washington, 2. Juli.

Die Bundesregierung schloß das am 30. Juni abgelaufene Haushaltsjahr mit einem Fehlbetrag von 3788 Millionen Dollar

(fast 16 Milliarden Mark) ab. Die Bundesschulden sind dabei um 2686 Millionen Dollar gestiegen.

Roosevelt wurde von dem Demokratischen Parteikongreß zum Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei gewählt.

Stillhaltekonferenz in London.

In London tagt zur Zeit die erste Stillhaltekonferenz, die, gemäß einem Abkommen zwischen Deutschland und seinen ausländischen Stillhaltegläubigern, vierteljährlich stattfinden soll, um Erfahrungen über die Arbeiten des Stillhalteausschusses auszutauschen.

In der ersten Aussprache am Freitag wurde von deutscher Seite ein Bericht über die Finanzlage Deutschlands gegeben, aus dem hervorging, daß eine Beschleunigung der Schuldentilgung augenblicklich nicht in Frage kommt. Man rechnet damit, daß die deutschen Vertreter die Forderung auf Herabsetzung der Zinssätze anmelden werden und daß diese Forderung im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen wird.

Die englische volkswirtschaftliche Zeitschrift „Economist“ bemerkt dazu, daß man in England für diese Forderung gewiß Verständnis habe, daß die Deutschen aber nicht von englischen Banken bessere Bedingungen erhalten könnten, als diese ihren Kunden im allgemeinen gewähren. Demnach sei günstigstenfalls mit einer Herabsetzung der Zinssätze auf 5 Prozent zu rechnen.

Irland hat nicht gezahlt.

m London, 30. Juni.

Der englische Dominion-Minister, THOMAS, teilte im Unterhaus mit, daß die irische Regierung die am 30. Juni fällige Entschädigungszahlung nicht geleistet habe. BALDWIN erklärte daraufhin, daß am Montag die geplante englische Gegenmaßnahme der Erhebung von Sonderzöllen auf irische Waren im Unterhaus beraten werden solle.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

von dem Weg, über demokratische Freiheiten, wie sie die westeuropäische Arbeiterschaft errungen hatte, zur Neuordnung der Gesellschaft zu kommen. Diese Freiheiten hatten die Arbeiterklasse jener Länder nicht vom kapitalistischen Joch befreit.

Anfangs hatten diese russischen Revolutionäre geglaubt, durch Aufstachelung der Bauern und deren Aufstand auf den wirtschaftlichen Umsturz hinarbeiten zu können. „Mit nackten Händen“ ohne Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, trugen sie ihre Propaganda in die Volksmassen. Aber die bitteren Erfahrungen mit den Repräsentanten der politischen Polizei, die Tausenden von Bauern Freiheit und Leben kosteten, führten sie nach zehnjähriger Arbeit von diesem Weg ab. Sie änderten ihren Kurs und arbeiteten nun in einer neuen Geheimorganisation an dem Sturz des Despotismus durch Beseitigung des Zaren.

„Mit dem Beispiel des Kampfes voranzugehen und um den Preis des eigenen Lebens in die Gemüter die Idee dieses Kampfes einzuhämmern, war die Aufgabe, die sich der ‚Volkswille‘ (Narodnaja-Wolja) stellte.“

Der „Volks-Wille“ ist dieser Aufgabe, wie sie Wera Figner formulierte, gerecht geworden mit dem Preis, daß die Organisation selber daran verblutete.

In dem Zeitraum von drei Jahren organisierten die „Narodniki“ sieben Attentate auf Alexander II., von denen vier nicht zustande kamen.

1879 erfolgte ein Attentat auf den Zug des Kaisers.

1880 die Explosion im Winterpalais.

1881 das Bombenattentat, dem der Kaiser zum Opfer fiel.

Durch Verfolgungen aufgerieben, durch Verrat geschwächt, wurde die Partei nach diesen Erfolgen in wenigen Jahren vernichtet. 1883 wurde Wera Figner, die letzte Vertreterin des Vollzugskomitees, verhaftet und in die Schlüsselburg gebracht.

Die Narodniki haben mit ihren Terrorakten die zaristische Welt erschüttert. Die Zaren haben seitdem nicht mehr frei atmen können inmitten ihrer festungsartigen Schlösser. Aber der Kampf der revolutionären Gruppe hat mehr getan. Gewiß, der Mangel einer organisierten Massenbewegung, der politische Irrtum, ein System beseitigen zu können durch Vernichtung seines zufälligen Vertreters — dies beides hat den zweiten Plan eines revolutionären Neubaus, den die Narodniki nachgingen, nicht reifen lassen. Das gelang erst durch die Organisation des Industrieproletariats unter der Führung Lenins. Aber Lenin selber hat nie verkannt, worin die Größe dieser Verschwörer bestand. „Ihre ausgezeichnete Organisation sollte uns allen als Vorbild dienen.“ „Keine revolutionäre Richtung, die wirklich an einen Kampf denkt, kann ohne eine solche Organisation auskommen.“

Welche Bedingungen stellte diese Organisation, um einem ersten Kampf gewachsen zu sein?

„Laut Statut war jedes Komiteemitglied verpflichtet:

1. alle Geistes- und Seelenkräfte der revolutionären Sache hinzugeben, ihretwillen alle Familienbände, Sympathien, Liebe und Freundschaft aufzugeben;

2. wenn nötig das Leben hinzugeben, ohne Rücksicht auf sich und andere;

3. nichts zu besitzen, das nicht gleichzeitig der Organisation gehörte;

4. seinem individuellen Willen zu entsagen und ihn den Mehrheitsbeschlüssen der Organisation unterzuordnen;

5. alle Angelegenheiten, Pläne und Absichten, sowie den Mitgliederbestand der Organisation streng geheimzuhalten;

6. in allen Beziehungen öffentlichen und privaten Charakters, in allen offiziellen Handlungen und Erklärungen sich nie als Mitglied, sondern stets nur als Beauftragter des Vollzugskomitees zu bezeichnen;

7. im Falle des Austritts aus der Gesellschaft unverbrüchliches Schweigen zu bewahren über alles die Tätigkeit der Gesellschaft Betreffende.

Groß waren diese Anforderungen, aber leicht für den, der von revolutionären Gefühl besetzt war, jenem hochgespannten Gefühl, das keine Hindernisse kennt und vorwärts stürmt, weder zurück, noch nach rechts oder links blickend. Wären jene Forderungen leichter gewesen, hätten sie nicht zwiner an den Menschen geführt, so wären sie als unbefriedigend empfunden worden; so aber erhoben sie durch ihre Strenge und Höhe die Persönlichkeit, sie rissen sie aus den Bahnen des Alltäglichen heraus. Der Mensch fühlte stärker, daß eine Idee in ihm lebe und leben müsse.“

Am 5. Februar 1880 hatte ein Mitglied der Organisation, der Tischler Chalturin, den Versuch unternommen, das Winterpalais vom Keller aus in die Luft zu sprengen. Fünfzig Soldaten der Wache wurden getötet. Die Zarenfamilie blieb unversehrt. Ein neues Attentat wurde vorbereitet:

„Unter diesen Umständen versammelten sich die Mitglieder des Vollzugskomitees am 28. Februar zu einer außerordentlichen Sitzung. Nicht alle Mitglieder waren anwesend, da man keine Zeit gehabt hatte, alle zu benachrichtigen... Uns alle beherrschte dasselbe aufgeregte Gefühl, dieselbe Stimmung. Als daher Perowskaja die Frage stellte: ob wir nicht, falls der Zar morgen die Kleine Sadowaja meiden würde, das Attentat mit Bomben ausführen sollten, antworteten alle einmütig: Handeln, handeln! Um jeden Preis muß gehandelt werden. Der Zünder muß gelegt werden. Die Bomben müssen bis morgen fertig sein; neben der Mine oder unabhängig von ihr müssen sie angewandt werden. Nur Suchanow erklärte, er sei

Gewerkschaftskongresse in Frankreich.

Der Kongreß der Eisenbahner.

KM Paris, 26. Juni.

Der freigewerkschaftliche Verband der französischen Eisenbahner hielt Ende Juni in Paris den zehnten seiner alle zwei Jahre stattfindenden Kongresse ab. Diese Tagung, die von den Vertretern der Gewerkschaften aller französischen Eisenbahner besucht war: der Staatsbahnen sowohl als auch der Privatbahnen, war von besonderem Interesse für die kommunistischen Gewerkschaften zu den freigewerkschaftlichen Organisationen. Seit dem letzten Kongreß, also seit dem Jahre 1930, ist die Zahl der Mitglieder von etwa 75 000 auf rund 100 000 gestiegen, eine Zunahme, die nur eines der mannigfachen Beispiele ist für das fast überall vorherrschende Wachstum der freigewerkschaftlichen Verbände in Frankreich.

Wir wollen uns hier nicht bei den Einzelheiten des Tagungsverlaufes aufhalten, die zum Teil für den deutschen Leser nicht interessant sind. Wir wollen es uns auch versagen, uns hier damit zu beschäftigen, was man für den Geist der Gewerkschaftsbewegung aus solchen

„Kleinigkeiten“ schließen kann, wie der, daß durch Beschluß des Kongresses alle zu spät Kommenden mit einer Strafe von 2 Francs zu Gunsten des Kinderheims der Eisenbahnergewerkschaften belegt wurden.

Wir können hier auch nur kurz auf die Bedeutung hinweisen, die es hat, daß die Teilnehmer der Tagung — darunter sehr viele junge Leute des Zupersonals und der Werkstätten — sich streng an die parteipolitische Neutralität hielten — mit einer Ausnahme jedoch: des Vertreters der deutschen Eisenbahner, eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, der ausgerechnet einen französischen Gewerkschaftskongreß für die geeignete Stelle hielt, über die deutschen Kommunisten herzuführen.

Wir wollen hier vielmehr in erster Linie von den Problemen sprechen, die sich bei Gelegenheit dieser Tagung ergaben und die für die Gewerkschaftsbewegung überhaupt von Interesse sind.

Die französischen Eisenbahnen sind seit Jahren mit einem schweren Defizit belastet, das von Jahr zu Jahr zunimmt. Die neue Regierung hat sich daher zu einer Reorganisation des französischen Eisenbahnwesens entschlossen. Es wird allgemein erwartet, daß diese Reorganisation mit Hilfe von Arbeiterentlassungen und Lohnkürzungen vorgenommen werden soll. Aus dieser Gefahr ergeben sich eine Reihe von Aufgaben, die auf dem Kongreß der Eisenbahner zur Sprache kamen:

Gegen Lohnkürzungen jeder Art wollen sich die Arbeiter mit aller Energie wenden.

Es gilt also, den Widerstand sowohl gegen die Gewerkschaften als auch gegen die Regierung zu organisieren.

Arbeiterentlassungen lassen sich bei der Reorganisation kaum vermeiden. Die Gewerkschaften müssen also dafür sorgen, daß diese Entlassungen in gerechter Weise vorgenommen werden und daß eine Umschulung der Entlassenen stattfindet (z. B. durch Ueberleitung in den Automobilverkehr, für den die Gewerkschaften eine organisatorische Zusammenfassung mit den Eisenbahnen wünschen).

Tatsächlich müssen Mittel und Wege gefunden werden, das Defizit der Eisenbahnen zu beseitigen. Die Gewerkschaften müssen also ihrerseits Vorschläge machen können, wie die Reorganisation der Eisenbahnen vor sich gehen soll. Es ergibt sich also die Notwendigkeit einer genauen Kenntnis der wirtschaftlichen und technischen Verhältnisse der Eisenbahnen, eine Aufgabe, für die der Kongreß von der Leitung der Gewerkschaften ein größeres Interesse fordert.

Es ergibt sich dann auch ein besonderes Problem: Sollen die Gewerkschaften sich daran machen, Maßnahmen zu finden, durch die den Kapitalisten wieder auf die Beine geholfen wird, damit sie die Ausbeutung der Arbeiter um so besser fortsetzen können bis zu dem Tage, an dem die volle Macht in die Hände der Arbeiterschaft übergeht? Der Kongreß verneint diese Frage: Das Defizit beruht hauptsächlich darauf, daß die Direktoren der Staatsbahn und der Eisenbahngesellschaften zum größten Teil gleichzeitig Direktoren von Banken und von Eisen- und Stahlwerken sind und darum eine Politik treiben, die zu einer Begünstigung ihrer sonstigen Interessen auf Kosten der Eisenbahnen führen. Jede Maßnahme, die ihre Stellung verbessert, wird sie in diesem Bestreben nur noch bestärken.

Was soll also mit den Eisenbahnen geschehen? In gewissem Sinne besteht eine Parallele zwischen den französischen Eisenbahnen und der deutschen Schwerindustrie: Diese wie jene sind zum großen Teil durch eigenes Verschulden in ein Defizit geraten und halten sich nur durch Staatssubventionen aufrecht. Soll man also die Eisenbahnen wie die deutschen Stahlwerke bankrott gehen lassen? Die Gewerkschaften verneinen selbstverständlich diese Frage. Sie sind nicht für die Fortsetzung des bisherigen Systems im Eisenbahnbetrieb. Aber sie sind auch nicht entschieden für die Verstaatlichung aller Linien. Sie neigen vielmehr zu einem System, in dem die Eisenbahnen alle in eine große gemeinnützige Gesellschaft überführt werden, deren Direktorium zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeiter, der Benutzer und der Regierung besteht, ein System, das sicher gegenüber der Verwaltung allein durch Staatsbeamten mancherlei Vorzüge hat.

Im Zusammenhang mit den Diskussionen über die Reorganisation der Eisenbahnen wurde es besonders deutlich, welch ein außerordentlich großes Interesse die Anwesenden an der Verbesserung der Betriebsmethoden und an der richtigen Leitung ihres Unternehmens haben,

wie stark ihr Wunsch ist, die Verantwortung für die ordentliche Handhabung der Eisenbahnen mitzübernehmen, statt ihr Leben lang nur die Befehle ihrer Vorgesetzten auszuführen.

Es ist dies ein Bestreben, das keine Wirtschaftsform außer Betracht lassen darf, wenn sie dazu dienen soll, Gerechtigkeit mit einem hohen Grad von Wirtschaftlichkeit zu vereinbaren.

Der Kongreß der Staatsarbeiter.

Gleichzeitig mit dem Kongreß der Eisenbahner fand in Paris der 11. Jahreskongreß des Staatsarbeiter-Verbandes statt. Auch unter den Staatsarbeitern haben die Einheitsbestrebungen zu praktischen Ergebnissen geführt: seit der Spaltung der Gewerkschaft, die vor 10 Jahren stattfand, hat sich die Mitgliedschaft des freigewerkschaftlichen Verbandes verdreifacht. Von den 32 667 Mitgliedern, die er heute zählt, sind über 10 000 von dem kommunistischen Konkurrenzverband zu ihm übergetreten.

Auch auf diesem Kongreß war von einem Bruch der parteipolitischen Neutralität keine Rede. Als die Gruppe von Abgeordneten, die in der Kammer die Interessen des Verbandes vertreten, vom Kongreß empfangen wurden — natürlich nur, damit dieser seine Forderungen anmelden konnte —

wurde gar nicht erwähnt, aus Angehörigen welcher Parteien sich diese Gruppe zusammensetzte.

Das hauptsächlichste Diskussionsthema des Kongresses war die Abwehr der drohenden Lohnsenkungen. Die Regierung hat dem Verband zwei Möglichkeiten offen gelassen: entweder werden Mitte Juli einige Werke geschlossen und dabei 1000 Arbeiter entlassen; oder aber die Arbeiter

willigen in eine Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Stundenlöhnen ein.

Die Annahme der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich wurde von dem Kongreß abgelehnt; denn sie verstößt gegen das Programm der CGT (der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisation). Dazu kommt, daß HERRIOT in seiner Regierungserklärung gegen die Einführung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich nur wegen der Auslandskonkurrenz war. Da es für die Staatsbetriebe keine Auslandskonkurrenz gibt, fällt dieser Einwand fort.

Wenn der Staat Arbeiter entläßt, so spart er zwar an Löhnen. Gleichzeitig muß er aber den Erwerbslosen Unterstützung zahlen, die noch dazu unproduktiv ist. Die Ersparnisse, die durch Entlassungen zu erzielen sind, sind also nur sehr gering. Außerdem weist der Staat die Gemeinden an, Bauprogramme durchzuführen, um Arbeiter zu beschäftigen. Die Staatsarbeiter sind der Ansicht, daß der Staat diesen Gemeinden ein seltsames Beispiel gibt, wenn er selber Arbeiter entläßt. (Ein etwas wackeliges Argument.)

Der Verband fordert, daß die Regierung, anstatt von Entlassungen zu reden, keine Neueinstellungen mehr vornimmt, alle Arbeiter pensioniert, die ein Recht darauf haben, keine Bestellungen, die von Staatsbetrieben ausgeführt werden können, bei Privatfirmen macht u. s. w. Außerdem die Durchführung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich.

Diese Forderungen bieten gewiß eine befriedigende Lösung im materiellen Interesse dieses Verbandes. Es wird ganz richtig bemerkt, daß die Arbeiter nicht die Fehler der verschiedenen Regierungen bezahlen sollen, jener Regierungen, die den Kapitalisten verschiedener Industrien so viele Subventionen gezahlt haben, daß es jetzt schwer fällt, das Budget auszugleichen. Trotzdem müssen die Forderungen der Staatsarbeiter noch von einer anderen Seite betrachtet werden.

Fast alle Mitglieder des Staatsarbeiter-Verbandes arbeiten in Kriegsbetrieben. Der jetzige Kriegsminister, PAUL-BONCOUR, hat nun die Absicht, das Kriegsbudget beträchtlich zu kürzen. Wenn das in dem Maße geschieht, in dem es allgemein von den Gewerkschaften und Sozialisten gefordert wird, dann würde es wohl nötig sein, daß neben der Durchführung der 40-Stunden-Woche und der anderen Forderungen der Gewerkschaften Arbeiter in der Rüstungsindustrie entlassen werden. Sollen sich die Staatsarbeiter gegen solche Entlassungen wehren? Diejenigen, die dabei nichts zu verlieren haben, werden wohl für die Abrüstung sein, während die Staatsarbeiter zugunsten ihrer sicheren Stellung lieber darauf verzichten werden. Eine solche unterschiedliche Stellungnahme würde der gewerkschaftlichen Solidarität entsprechen.

Wir meinen, die Gewerkschaften sollten dem Kriegsminister folgende Forderungen unterbreiten: Bevor irgend welche Entlassungen vorgenommen werden dürfen, müssen 1. die erwähnten vier Forderungen erfüllt sein, 2. dürfen den Unternehmern der Rüstungsindustrie keine Subventionen mehr zufließen. Das Geld, das im Wehrbudget gespart wird, sollte teilweise dazu benutzt werden, den entlassenen Staatsarbeitern eine Umschulung für einen anderen Beruf sicherzustellen. Ferner sollte der Staat durch Arbeitsbeschaffungspläne für die Wiederbeschäftigung dieser Arbeiter sorgen. Genaue Pläne darüber, wie dies vor sich gehen soll, müßten die Gewerkschaften der Regierung unterbreiten. Ein solches Verhalten würde die Einheit in den Gewerkschaften besser gewährleisten, als die nicht ganz klare Stellungnahme des Kongresses, der um das Abrüstungs-Problem herumgegangen ist wie die Katze um den heißen Brei.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

20)

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

„Ja, wer Geld hat, der kann noch alles haben!“ ... und ohne Ansehen!“ „Wann wird der Schwindel mal aufhören?“ „Alles kaputt haben müßte man!“

Die Frauen bleiben stehen und sehen denen nach, die noch eine Ration erhalten haben. Ein alter Mann mit einem letzten Strähne grauem Haar auf dem Kopf hat seine Mütze abgenommen und versucht, das Stück Fleisch darin zu verbergen. Die Mütze deckt er mit der hohlen Hand zu.

Die Frauen drängen dicht an den Alten heran. Er fühlt ihren Hunger und senkt seinen Blick.

„Die fressen einem auch noch das bißchen weg!“

„Und Milch kriegen die sogar noch von der Stadt!“

„Wozu söwas bloß noch lebt?“

„Quatsch doch nicht! Dem tut der Hunger genau so weh.“

Die Dickköpfe fressen uns alles weg!“

„Und unsere Kinder ...“

Schuldbewußt sucht der Greis sich einen Weg durch die erregten Menschenhaufen. Er ist davon überzeugt, daß sein Leben eigentlich verwirkt ist.

Die Polizei räumt den Schuppen.

„Los, nu aber raus hier!“

„Könnt ihr nicht hören?“

„Los, weitergehen!“

„Na, immer langsam, Herr Wachmeister!“ „Sie kriegen wohl noch immer genug, was?“ „Natürlich, die Herren Beamten! Aber wenn unsreiner mal ein Stück Fleisch haben will!“ „Die sollten in den Schützengraben, wo unsere Männer sind!“ „Aber bitte, nicht anfassen, erlauben Sie mal!“

„Hier wird gar nichts erlaubt, wagnersuchen/habt ihr euch!“

Die Polizisten — blaue Uniformen und Pickelhauben, den Säbel in der Hand — zerstreuen die Menge und treiben sie in einzelnen Haufen die Straße entlang. In ihren dicken Mänteln,

mit den Fälschemeln und Decken beladen, können die Frauen sich nur schwerfällig bewegen.

Das Schuppentor wird wieder geschlossen. Die Menge verliert sich allmählich in den Nebenstraßen.

Trude Müller ist bis zur nächsten Telephonzelle gegangen. Lucie Lange und Lene Hanke sind mit hereingekommen. Sie hat sich mit dem Krankenhaus verbinden lassen und erkundigt sich in der Kinderstation nach dem Zustand ihres Sohnes.

Sie muß auf die Antwort warten, dann hört sie die Stimme aus dem Krankenhaus ruhig und unbeteiligt sagen:

„Gestern Abend um elf Uhr ist er gestorben.“

Trude Müller starrt das Telephon an und hängt den Hörer scheu an den Platz zurück.

„Na, was macht er denn?“ fragt Lucie Lange.

Die Frau hat keine Antwort.

Gestern um elf, — das geht über ihre Vorstellung. Sie will den Gedanken nicht zu Ende denken. Sie will plötzlich überhaupt nichts mehr. Sie macht die Tür auf. Draußen fängt sie zu laufen an, ohne das Gewicht ihres Körpers, ohne überhaupt etwas zu spüren. An einem Platz bleibt sie stehen und liest abwendend: Forckenbeck-Platz. Den Korb mit der Fleischration hält sie verwundert in den Händen. Vor einem schweren Himmel bewegen sich die fast entblätterten Wipfel der Bäume. Trude Müller sieht alles wie niemals vorher, wie zum allerersten Male.

Gestern um elf hat sie im Bett gelegen, gestern um elf hat der Nachbar Lange mit den Stiefeln gepölkert und die Tür zugeschmissen. Plötzlich denkt sie an ihren Mann. Schon mehr als ein Jahr ist es her, seit er auf Urlaub da war. Und schon so lange hat er den Jungen nicht gesehen, und er wird ihn niemals mehr ...

Sie weiß nicht, wie sie den Weg zurückgelegt hat, sie ist wieder in der Boxhagener Straße angelangt und steht vor dem Bäckerladen. Niemals mehr wird der Junge seine Nase hier gegen die Fensterscheiben pressen, niemals mehr wird er einen Groschen für ein Stück Kunsttorte von ihr verlangen! Niemals mehr. Um elf ist er gestorben.

Sie kommt an ihr Haus, geht langsam die Treppe hoch und schließt auf. Trude liegt das vom Hof einfallende Licht auf ihrem ungemachten Lager. Und da steht das Kinderbett,

darunter die Schuhe, — sie bückt sich und nimmt sie auf. Sie waren an den Spitzen durchgestoßen; gestern hat sie sie vom Schuster zurückgeholt.

Mit den kleinen Schuhen in der Hand sitzt sie auf dem Bettrand.

So finden sie die Nachbarinnen, die Lange mit der Hanken und der Portierfrau.

„Frau Müller ...“

„Die Lucie hat uns schon erzählt ...“

„Müllern, hören Sie doch, Ohren steif!“

„Es gibt noch Schlimmeres, denken Sie doch, wenn Ihrem Mann was passiert wäre, Der is doch ooch draußen im Schützengraben!“

„Nee, diese Sorjen mit die Kinder!“

„Lungenpest, das hat mein Mann doch gleich gesagt!“

„Die Jöhren sind doch ooch zu mickrig heute!“

„Is man jut, dat er noch so kleen war, — wenn sie erst jrößer sind, und man noch mehr Plagen mit jehabt hat ...“

„Sie kennen doch die Dunckern, die von dem Doktor aus dem Vorderhaus. Wissen Sie, was die sagt: Solange es Krieg gibt und solange die Arbeiter für einen Hungerlohn schufteten müssen, sollten die Frauen mit dem Kinderkriegen überhaupt streiken!“

„Die studieren doch bloß so in Bücher!“

„Aber recht hat sie, das stimmt schon!“

Die Portiersfrau sieht die schwangere Hanke an, die die Hände über ihren Bauch zusammengelegt hat:

„Nee, bloß det nich, bloß keene Kinder mehr!“

„Wann soll er denn beerdigt werden?“

„Nee, det Fleisch hat sie noch im Korb liegen, det wird doch schlecht!“ entdeckt Frau Lange und geht daran, es auszuwickeln; sie füllt einen Topf mit Wasser und legt das Stück Fleisch hinein. „Naja, wenigstens angekocht muß et doch wer'n! So, jetzt noch ne Prise Salz!“

Trude Müller steht auf und bringt das Salz.

Auch Lucie, die Möhring und ihr Feldgrauer sind dazugekommen.

(Fortsatzung folgt.)

Für die Einheitsfront.

Auch die „Naturfreunde“ machen mit!

H. S. Der „Touristen-Verein die Naturfreunde“, Ortsgruppe Eisenach, forderte in der Mitgliederversammlung vom 30. Juni die Gauversammlung des „TV die Naturfreunde“, Gau Thüringen, auf, sich für folgende Resolution beim ADGB einzusetzen:

„Die Papon-Regierung ist die reaktionärste und arbeitfeindlichste Regierung, die Deutschland seit 1918 gehabt hat. Diese Regierung der Großgrundbesitzer und Schwerindustriellen denkt nicht daran, durch Zerschlagung der Kartelle und durch eine vernünftige Siedlungspolitik den Ausweg aus der Krise zu gehen. Man muß vielmehr damit rechnen, daß sie Deutschland in Inflation, Faschismus und Krieg bringen wird. Die kommende Reichstagswahl kann für Jahrzehnte die vorläufig letzte Wahl sein, wird das Ende jeder Arbeiterfreiheit bedeuten, wenn die Arbeiterschaft nicht in letzter Stunde entschlossen allen Parteihaider beiseite schiebt und alle Kraft darauf lenkt, gemeinsam die Reaktion zurückzudrängen. Sieh jetzt die alten Fehler vorzuerwerfen, bedeutet Selbstmord der Arbeiterbewegung überhaupt.“

Wir fordern deshalb für die kommende Reichstagswahl die Aufstellung einer einheitlichen Arbeiterliste, aber mindestens Listenverbindung der Arbeiterparteien.

Eine solche Einigkeit wird viele Arbeiter, die angewidert durch den Bruderkampf des Proletariats dem politischen Leben den Rücken gekehrt haben, ermuntern, den Kampf gegen die Reaktion wieder aufzunehmen.

Wir verlangen von den Leitungen der Arbeiterorganisationen, daß sie sich mit aller Kraft für diese Resolution einsetzen, um die Arbeiterbewegung vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren.“

Diese Resolution wurde in der Mitgliederversammlung einstimmig angenommen.

Volksbegehren der Arbeiterschaft.

Die Listen für die Reichstagswahl können bis Mitte Juli noch eingereicht werden. Wir wollen sie dahin die Austragungen für die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterliste von SP bis KP fortsetzen.

Unterschriftenlisten können bei uns angefordert werden. Muster für Listen zur Selbstanfertigung nebststehend.

Lohnabbau bei den Berliner Hafen- und Speicherarbeitern.

F. G. Der Verein der Speicherebetriebe Groß-Berlin fordert einen Lohnabbau von 14 bis 16 Prozent. Nachdem ein Vorschlag des Gowerberats Körner, die Löhne um sechs Prozent abzubauen, abgelehnt worden ist, wurde am Freitag ein Schiedsspruch gefällt, der die Löhne wie folgt herabsetzt:

Für die im Wochenlohn stehenden ständigen Arbeiter von 52,92 Mark auf 49,92 Mark und ab 1. Oktober auf 48 Mark. Für die im Stundenlohn beschäftigten ständigen Arbeiter von 1,10 Mark auf 1,04 Mark bzw. 1 Mark. Für die unständigen Arbeiter von 1,19 Mark zunächst auf 1,12 Mark und ab 1. Oktober auf 1,05 Mark.

Insgesamt beträgt der Lohnabbau also für die ständigen Arbeiter 9,8 Prozent und für die unständigen Arbeiter 12 Prozent. Das neue Lohnabkommen soll bis zum 31. Dezember 1932 gelten. Die Erklärungsfrist für diesen Schiedsspruch läuft bis zum 7. Juli.

Am Dienstag nimmt eine Vollversammlung der Speicher- und Hafenarbeiter in Boekers Festsälen zu dem Schiedspruch Stellung.

Hoffentlich beschließt diese Versammlung, jeden weiteren Lohnabbau überhaupt abzulehnen und auch abzuwehren.

Kampf der graphischen Arbeiter im Saargebiet.

F. G. Im Saargebiet befinden sich zur Zeit 400 graphische Hilfsarbeiter im Kampf. Die Unternehmer hatten die Arbeiter aller Betriebe gekündigt, um Einzelarbeitsverträge mit gesenkten Löhnen zu erzwingen. Die Arbeiter haben die Kündigungen angenommen und die Entlassung perfekt werden lassen, ohne auf das Diktat der Unternehmer einzugehen. Darauf sind in einer ganzen Reihe von Betrieben die Kündigungen zurückgenommen worden.

Da die übrigen Unternehmer offenbar mit einem Nachgeben der Arbeiter rechnen, wenn es ihnen gelingt, genügend Streikbrecher zu finden,

so sind Arbeitsangebote an graphische Arbeiter nach dem Saargebiet entschieden abzulehnen!

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Prenzlauer Berg: Dienstag, 5. Juli, 20 Uhr, Casino-Festsäle, Pappelallee 15. Thema: Das Volksbegehren der Arbeiterschaft — Wie schlagen wir den Faschismus?

Bezirk Wedding: Mittwoch, 6. Juli, 20 Uhr, Gasthaus Domke, Hochstädterstraße 23. Thema: Das Volksbegehren der Arbeiterschaft — Wie schlagen wir den Faschismus?

Bremen: Donnerstag, 7. Juli, 20.15 Uhr, im Verbindungshaus der Buchdrucker, Am Wall 82, 1. Thema: Das Wüten des Faschismus in Braunschweig! Was lehren uns die Braunschweiger Erfahrungen? Redner: Gen. Walter Probst (Braunschweig).

Essen: Dienstag, den 5. Juli, 20 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Kastanienallee. Thema: Naziterror in Braunschweig. Redner: Genosse Probst, Braunschweig. Eintritt 10 Pf. Für Erwerbslose frei.

Hamburg-Altona: Freitag, 8. Juli, 20.15 Uhr, im kl. Saal bei Wachtmann, Große Freiheit 66/68. Thema: Die Naziherrschschaft in Braunschweig, ein Warnungssignal für die Arbeiterschaft. Redner: Gen. Probst (Braunschweig).

Freie Aussprache!

Eintritt frei!

Frauenkundgebung für den Frieden.

M. S. Die große internationale Anti-Kriegs-Kundgebung, die Romain Rolland und Henri Barbusse zu Ende Juli nach Genf einberufen haben, wird zur Zeit durch eine Reihe von Versammlungen vorbereitet, die die Aufmerksamkeit auf diese Demonstration aller Kriegsgegner lenken soll. Am 1. Juli hatte der Berliner Ausschuss des internationalen Frauenkomitees, das gleichfalls für die Vorbereitung des Kongresses arbeitet, zu seinem ersten Abend in die Arnim-Säle eingeladen. Die Vertreterinnen bürgerlicher pazifistischer Kreise und proletarischer Organisationen sprachen an diesem Abend. Der Besuch war erschreckend gering. Das mag unter anderem seinen Grund darin haben, daß Frauenkomitees nun einmal den Anseheln erwecken, daß sie ihre Werbearbeit auf Frauen beschränken, was von vornherein diejenigen fernhält, die für dieses Ausleseprinzip mit Recht kein Verständnis aufbringen. Warum in aller Welt sollen für eine Anti-Kriegs-Demonstration die Frauen auch allein tagen? Das immer wiederholte Argument, daß die Frau die „geborene“ Gegnerin des Krieges sei, dieses Argument, reicht gewiß nicht dazu aus, diese geborenen Friedenskämpferinnen nur immer wieder vor Frauen zu sammeln, die ja laut Voraussetzung der Bekehrung nicht mehr bedürfen. So wäre es denn auch an diesem Abend sehr nützlich gewesen, wenn mehr Männer auf die Worte der Rednerin gehört hätten. Vielleicht wären auch manche Reden vor einem größeren Hörerkreis straffer gewesen.

Wertvoll waren die Ausführungen von Frau Persius, einer Mitkämpferin gegen den Opiumhandel, die von ihren Erfahrungen in Japan erzählte. Sie hat 1930 den ersten Frauenkongreß dieses Landes mitgemacht, in dem 800 Delegierte zwei Millionen Frauen vertraten, die alle gegen den imperialistischen Charakter der japanischen Regierung standen.

Unter den praktischen Vorschlägen zum Kampf gegen den Krieg erteilte Maria Hodann (ISK) spontanen Beifall, als sie auf die drängende Aufgabe hinwies, daß die heute gespaltene

Arbeiterschaft sich wenigstens in der Abwehr des Faschismus, dieser unmittelbarsten Kriegsgefahr, zu einer gemeinsamen Abwehrfront vereinigen solle.

Die Notwendigkeit, die Arbeit für den Frieden mit dem Kampf gegen das kapitalistische System zu verbinden, beleuchtete Lina Dabergat, die für das Komitee Werkstätter Frauen sprach, durch Zitate aus Unternehmerrzeitungen, die mit offenem Zynismus von der Beseitigung des Arbeitslosenheeres durch den Aderlaß des Krieges reden.

Der Kongreß in Genf, dem man in Völkerbundskreisen nicht sehr wohlwollend gegenübersteht, bedarf der Unterstützung proletarischer Vertreter. Die Vorbereitungsarbeit sollte daher vor allem darin bestehen, es Arbeitern aus den verschiedensten Ländern materiell zu ermöglichen, an der Kundgebung teilzunehmen und das Interesse ihrer Klasse dort zu vertreten. Denn das Eine ist klar:

wirksam kann ein Krieg zur Zeit überhaupt nur durch die Solidarität der Arbeiter verhindert werden, die jegliche Unterstützung des Krieges und seiner Vorbereitung ablehnen.

Liga für Mutterschutz e. V. Ortsgruppe Berlin-Norden.

Dienstag, 5. Juli, 20 Uhr, spricht im Karl-Schrader-Haus, Liebenwalder Str. 35.

Marla Hodann über: Frauen in Not.

Nur für Mitglieder und eingeladene Gäste! Eintritt frei!

Nächste Mitgliederversammlung: Dienstag, 2. August, 20 Uhr, im gleichen Lokal.

Julius Philippson spricht über Geburtenregelung im faschistischen Staat.

Listenmuster für Unterschriften-Sammlungen.

Bitte ausschneiden!

Sorgt dafür, daß diese Liste bis etwa Mitte Juli an die nachstehende Adresse gelangt, daß sich niemand doppelt einzeichnet!

An die

Spitzenverbände der Freien Gewerkschaften Deutschlands
z. Hd. des ADGB, Berlin S 14, Inselstr. 6.

Wir Unterzeichneten halten ein einheitliches Vorgehen der Arbeiterschaft bei den Reichstagswahlen am 31. Juli für dringend geboten, so wie es z. B. verlangt wird in einer einstimmig angenommenen Resolution der Angestellten-Funktionäre der Berliner Elektrizitäts-Werke (Bewag) vom 7. Juni 1932. Die damals versammelten Funktionäre beauftragten „die anwesenden Gewerkschaftsvorleiter vom ZdA, Butab, Werkmeisterverband und Gesamtverband, die Spitzenverbände

Name	Ort	Organisation

umgehend zu veranlassen, eine Plattform auszuarbeiten, für die

Schaffung eines einheitlichen linken Wahlblocks
SPD-KPD,

bzw. Listenverbindung. Tausende Funktionäre und Millionen Arbeiter und Angestellte erwarten in den Stunden der höchsten Gefahr für den Fortbestand der Arbeiterbewegung nach jahrelangen Fehlern auf allen Seiten — endlich Besinnung! Schafft die Begeisterungswelle, auf die Zehntausende von Funktionären warten, um mit unwiderstehlicher Kühnheit den gemeinsamen Feind der Arbeiterbewegung, den Faschismus, für immer zu schlagen! Diese Entschloßung ist auch dem Vorstand der SPD und dem ZK der KPD zuzuleiten.“

Name	Ort	Organisation

Erstklassige
Maßarbeit
Herren- Anzüge
Mäntel
Damen- Kostüme
Tadelloses Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
O.v. Guerckstr.
104, H.r.l.
Stoffmuster
vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon D 6 Wedding 2358
Bei Vorz. d. Inserates 5% Rabatt!

Bürobedarfsgeschäft
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen.
A. H. Nimmermann.
Hamburg / Barcostraße 8.
Telephon: 25 53 42.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Euro
Zeitung!
Werbt Abonnement!
Sammelt Anzeigen!
Bewirbt bei Einkäufen
unsere Inserate!

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH

druckt
Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen



Berlin SO 36, Elisabethufer 23-25
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471

MAGDEBURG Zum frischen Obst

schmecken rohe Gebirgs-
Haferflocken vorzüglich.

1 Post-Paket (9 Pfund)
nur 3,60 RM ab hier.

Vorauszahlung auf Postcheck-
Konto Magdeburg 179 24 erbeten.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O.-v.-Guerck-Str. 104.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.
Ab 1.—5. Juli:
Czinner: Ariane
mit Elisabeth Bergner, Rudolf
Forster, Theodor Loos.
Anlaufzeiten: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?

Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre.
Von Helene Beyer.
52 Seiten. Gehefet 0,40 M.

Aus den Presse-Urteilen:
„Mit Hilfe dieser Broschüre können unsere Schwundgeldtheoretiker ihre fundamentalen Irrtümer berichtigen.“ „Der Proletarier“, Nr. 27, 2. Juli 1932.
„Die vorliegende Schrift bringt eine sachliche Untersuchung der Lehren von Silvio Gesell.“ „Frankfurter Volksstimme“, Nr. 136, vom 13. Juni 1932.
„Die Darlegungen der Verfasserin zur Frage von Zins, Krise und Geldreform geben dem Leser fernerhin das Rüstzeug in die Hand, auch andere Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen, desgleichen die übrigen Versuche, von der Geldseite aus die Wirtschaft anzukurbeln. Gerade darum gehört die — im Gegensatz zu dem größten Teil der Geld-Literatur — leichtverständlich geschriebene Broschüre in die Hand jedes wirtschaftspolitisch interessierten.“ „Prager Presse“, Nr. 165, vom 17. Juni 1932.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.
Postcheckkonto: Berlin 81 842.

Im Zeichen der SA.

Der tägliche Blutpreis für die Uniform.

In Köln schoß ein Motorradfahrer in SA-Uniform in eine Gruppe von Menschen, die bei seinem Motorrad auf der Straße standen, als er aus einem Hause herauskam.

Ein Mann (Vater zweier Kinder) wurde getötet, zwei andere verletzt.

Durch SA Verletzte, mehrere Schwerverletzte, gab es außerdem in Berlin, Bremen, Gotha und Frankfurt/Oder.

Universitätsrektor kapitulliert.

In der Halle der Berliner Universität wurde am Donnerstag unter den Studenten eine blutige Schlägerei veranstaltet. Wer die Veranstalter waren, geht aus den Rufen hervor, die dabei ertönten: „Juda verrecke!“, „Juden raus!“ Auch der weitere Verlauf zeigt, wer den Krach wollte. Der Rektor Lüders versuchte, zu schlichten.

Die Nazis verlangten jedoch, „die Juden sollten vor ihnen das Gebäude verlassen“.

Die Universität wurde geschlossen. In den Straßen nahe der Universität mußte dann die Polizei noch mit mehreren Bereitschaften eingreifen.

Am Nachmittag ging dann der Rektor ans Verhandeln! Die republikanischen und kommunistischen Studenten erklärten sich bereit, sich bedingungslos allen Maßnahmen fügen zu wollen, die der Rektor zur Wiederherstellung der Ruhe und Sicherheit treffen würde.

Die NS hingegen forderten, bevor sie eine solche Erklärung abgaben, das Verschwinden der jüdischen Studenten aus der Berliner Universität.

Es ist für die Millionen Proletarier, die nach Bildung hungern, und aus deren Massensteuern die Hochschulen finanziert werden, einfach empörend, zu hören, daß der Rektor nach einer so unverschämten Forderung die Verhandlungen mit dem „akademischen“ Hakenkreuzgesindel noch weiterführte, daß er Vermittlungsvorschläge machte, daß er die einzelnen Studentenverbände, auch die Nazis, aufforderte, ihm ihre Bedingungen schriftlich zur Sonatssitzung einzureichen. Die Verhandlungen wurden abgebrochen.

Der Rektor hat mit der Schließung der Universität gedroht. Diejenigen Studenten, die mit schweren materiellen Opfern sich die Möglichkeit zum Studium erkaufen, werden also vielleicht dieser Möglichkeit beraubt werden, nur weil der Leiter der Universität sich nicht aufschwingt zu der einfachen Maßnahme: mit Festigkeit und Strenge jeden, der randaliert, auszuschließen, und zwar endgültig, ein für alle Mal.

Die verschiedenen Studentengruppen haben am Freitag dem Rektor schriftlich erklärt, sie „sien gewillt, den Burgfrieden in der Universität zu halten, damit der geordnete Lehrbetrieb aufrechterhalten werden kann“, und sie hätten „die feste Absicht, sich aller Provokationen zu enthalten“.

Was die Nazis angeht, so ist mit dieser Verpflichtung — (die jeder Student bei seiner formellen Aufnahme in die Universität sowieso durch Handschlag gegenüber dem Rektor festerlich bekräftigt hat) — nichts gewonnen. Der Rektor hat eine Handhabe, den Streit zu schlichten, ohne durchzugreifen — das ist alles. — Die Nazis werden dann beim nächsten Mal wieder um einen Grad frecher, auftreten.

Der Universitätsrat berät am Sonnabend über den Fall.

„Soldaten sind Mörder.“

Ein Freispruch Ossietzkys.

Das Schöffengericht Charlottenburg sah in dem Satz „Soldaten sind Mörder“ keine Beleidigung der Reichswehr. Von Ossietzky, der sich wegen eines „Weltbühne“-Artikels zu verantworten hatte, in dem dieser Satz vorkam, wurde in diesem Falle also freigesprochen.

Zu den Zeitungsverboten.

Ein Vorschlag an Severing und Grzesinski.

Wir teilten bereits mit, daß der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts das von von Gayl verlangte „Vorwärts“-Verbot für zulässig erklärt hat.

Was Severing jetzt zu tun hat, darüber bestimmt die Reichsnotverordnung gegen politische Ausschreitungen (§ 7,3) folgendes:

„Erklärt dieser (der Reichsgerichtssenat. Red.) das Verbot für zulässig, so hat die oberste Landesbehörde dem Ersuchen sofort zu entsprechen.“

Severing wird also die Reichsgerichtsentscheidung zur Ausführung an den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski weitergeben, sobald das Leipziger Urteil und dessen Begründung ihm amtlich zugestellt sind.

Wir empfehlen Grzesinski und Severing, sofort die Rechtspresse aufmerksam zu studieren. Mindestens in der Nazi-Presse, die ja den Schein einer Unabhängigkeit von der Regierung Papen wahrt, wahrscheinlich aber auch in vielen anderen Zeitungen der Rechten finden sich Artikel, die nicht weniger Handhaben für ein Verbot bieten, als die beanstandeten Artikel des „Vorwärts“ und der „Kölnischen Volkszeitung“. Wenn dann das „Vorwärts“-Verbot gleichzeitig mit dem Verbot Dutzender von Nazi- und Herrenklub-Zeitungen erfolgt, dann fällt es wenigstens nicht mehr in so unangenehmer Weise auf.

Ueber das Verbot der „Kölnischen Volkszeitung“ hat das Reichsgericht noch nicht entschieden.

Dringender Appell!

Die Vernichtung aller persönlichen und politischen Freiheit in Deutschland steht unmittelbar bevor, wenn es nicht in letzter Minute gelingt, unbeschadet von Prinzipiengegensätzen alle Kräfte zusammenzufassen, die in der Ablehnung des Faschismus einig sind. Die nächste Gelegenheit dazu ist der 31. Juli.

Es gilt diese Gelegenheit zu nutzen und

endlich einen Schritt zu tun

zum Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront, die nicht nur für die parlamentarische, sondern auch für die weitere Abwehr notwendig sein wird.

Wir richten an jeden, der diese Ueberzeugung mit uns teilt, den dringenden Appell, zu helfen, daß ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei für diesen Wahlkampf zustande kommt, am besten in der Form gemeinsamer Kandidatenlisten, mindestens jedoch in der Form von Listenverbindung. Insbesondere in den großen Arbeiterorganisationen, nicht nur in den Parteien, kommt es darauf an, hierzu allen erdenklichen Einfluß anzubieten.

Sorgen wir dafür, daß nicht Trägheit der Natur und Feigheit des Herzens uns in die Barbarei versinken lassen!

Chi-yin Chen, Willi Eichler, Albert Einstein, Karl Emonts, Anton Erkelenz, Hellmuth Falkenfeld, Kurt Großmann, E. J. Gumbel, Walter Hammer, Theodor Hartwig, Vitus Heller, Kurt Hiller, Maria Hodann, Hanns-Erich Kaminski, Erich Kästner, Karl Kollwitz, Käthe Kollwitz, Arthur Kronfeld, E. Lanti, Otto Lehmann-Rußbüldt, Heinrich Mann, Pietro Nonni, Paul Oestreich, Franz Oppenheimer, Theodor Plivier, Freiherr von Schoenaich, August Siemsen, Minna Specht, Helene Stöcker, Ernst Toller, Graf Emil Wedel, Erich Zeigner, Arnold Zweig.

Gedämpfter Trommelklang.

Eine Erklärung der Bayernregierung.

W München, 1. Juli.

Zu der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen gibt die bayerische Staatsregierung folgendes bekannt:

„Entgegen den eindringlichen Vorstellungen und Bedenken, die von der Mehrzahl der Länderregierungen geltend gemacht wurden, hat die Notverordnung vom 28. Juni 1932 die öffentlichen Straßen und Plätze für politische Versammlungen und Aufzüge und für das Tragen von Parteiuniformen grundsätzlich freigegeben. Wenn dadurch bei der jetzigen Schärfe der politischen Gegensätze die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sehr erschwert wird, so muß die Staatsregierung, wie sie das schon vor Erlaß der Notverordnung betont hat, die Verantwortung hierfür den Reichsstellen überlassen. Trotz der erschwerten Lage wird die Staatsregierung bemüht sein, mit dem Einsatz der ihr zu Gebote stehenden Machtmittel die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten und Störungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten. An der Bevölkerung liegt es, weitgehende Besonnenheit und Selbstdisziplin zu üben.“

An die politischen Parteien und Verbände geht die dringende Aufforderung, sich angesichts der Lage im politischen Auftreten auf öffentlichen Straßen und Plätzen die größte Zurückhaltung aufzuerlegen, Herausforderungen Andersdenkender und Ausschreitungen zu vermeiden und den inneren Frieden zu bewahren. Bayern muß und wird ein Rechtsstaat bleiben, in dem das Recht und der Schutz der eigenen Meinung jedem im Rahmen der allgemeinen Gesetze gewährleistet ist.

Die Stimmen aus München klingen nach dem Diktat Gayls weniger hoch herüber als vorher, als z. B. folgende Worte, die der Staatsrat Schaffner, Mitglied der bayerischen Staatsregierung, am 23. Juni in einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei in München sprach:

„... wir werden kämpfen bis zum letzten Atemzug. Das Leben wäre nicht mehr lebenswert, wenn wir nicht als freie Männer in einem freien Lande leben dürften.“

Auch von einer Anrufung des Staatsgerichtshofs seitens der bayerischen Regierung hört man zur Zeit nichts mehr.

„Im übrigen sei zu sagen, daß nicht das bayerische Volk, sondern politische Cliquen für das dortige Vorgehen verantwortlich seien.“ Dieser Satz entstammt merkwürdigerweise der oldenburgischen Regierungserklärung, abgegeben von dem neuen Ministerpräsidenten Röver (NS) im Namen der neuen Naziregierung am Freitag im Oldenburgischen Landtag.

Gegen den Amnestiegesetzentwurf, den der Preußische Landtag angenommen hat, hat der preußische Staatsrat, in dem keine Nazis sitzen, Einspruch erhoben. Sechzig Mitglieder stimmten für den Einspruch, 19 (Kommunisten und Deutschnationale) dagegen. Nun werden die Fraktionen des Staatsrats eigene Amnestieentwürfe ausarbeiten.

Für fünf Tage verboten wurde die nationalsozialistische Zeitung „NSZ Rheinfront“ von der Polizeidirektion in Kaiserslautern. Grund: ein Artikel gegen den bayerischen Innenminister.

Quittung

über Spenden für den Werbefonds des „Funkens“.

J. P. in B. 30 M.; E. F. in F. 25,— M.; A. W. in B. 4 M.; W. A. in V. 15,— M.; I. R. in B. 5,— M.; W. S. in D. 12,— M.; K. K. in B. 1,50 M.; W. K. in B. 5,— M.; M. D. in B. —,50 M.; H. S. in B. 5,— M.; G. E. in K. 5,— M.; H. E. in K. 10,— M.; R. L. in B. 45,05 M.

Wir danken allen Spendern herzlich und bitten um weitere Werbung für den Proseffonds.

nicht imstande, etwas Bestimmtes zu sagen, da man Bomben noch nie angewandt habe.“

„Um 10 Uhr kam dieser Genosse — es war Frolenko — zu mir. Erstaunt schaute ich ihn an, als er aus einem mitgebrachten Paket Wurst und Rotwein auspackte, auf den Tisch stellte und mit der größten Ruhe zu essen begann. Nach dem gestrigen Beschluß und der schlaflosen, in Vorbereitung der Nacht befand ich mich in einem so aufgeregten Zustand, daß es mir unfassbar erschien, wie ein Mensch jetzt essen oder trinken könne. „Was machen Sie?“ fragte ich ganz entsetzt. Es schien mir unfassbar, daß er essen wollte, während ihm in ein paar Stunden der sichere Tod unter den Trümmern bevorstand. „Ich muß vollkommen Herr meiner Kräfte sein“, erwiderte mir ruhig der Genosse und begann zu essen, ohne sich durch mich stören zu lassen. Ich konnte mich vor dieser Willenskraft nur bowgen.“

„Gegen 2 Uhr erfolgten nacheinander zwei Detonationen, die an Kanonenschüsse erinnerten: die Bombe Ryssakows zerschmetterte die Kutsche des Zaren, die Bombe Grinewitzkis traf den Zaren selbst. Einige Stunden später waren sowohl der Zar wie Grinewitzki tot.“

„Ich stürzte fort. In den Straßen sprach die erregte Menge vom Zaren, von seinen Wunden, von Blut und Tod. Ich kehrte heim, die Freunde hatten von den Vorgängen noch keine Ahnung, und ich konnte vor Erregung kaum hervorbringen, daß der Zar getötet sei. Ich weinte, ebenso die anderen; der Alp, der jahrzehntlang auf dem jungen Rußland gelastet hatte, war beseitigt.“

Die Regierung antwortete mit beispiellosem Haß. Als Erste fiel Sofie Perowskaja, die das Signal zum Bombenwurf gegeben hatte. Wera Figner hetzte noch fast ein Jahr durch Rußland, um die Reste der Organisation zusammen zu halten. Am 12. Oktober, dem Tag der Einlieferung in die Schlüsselburg, begann das neue Leben, das Leben „inmitten tödlicher Stille.“

„Die Zelle, die anfangs weiß gestrichen gewesen war, verwandelte sich in einen düsteren Kasten; der Asphaltfußboden wurde mit schwarzer Oelfarbe gestrichen, die Wände oben grau, unten Bleifarben, fast schwarz. Niemand konnte sich beim Anblick dieser Zelle des Gedankens erwehren: das ist ein Sarg.“

„Selbst unsere Namen wurden der Vergessenheit übergeben; statt ihrer wurden wir mit Nummern bezeichnet, wir wurden staatliche Gegenstände...“

Alles beherrschte die Stille. Nicht die Stille, in der die Nerven sich erholen, — jene unheimliche Stille, die den Menschen ergreift, wenn er lange mit einem Toten allein bleibt.

Der Mensch horcht auf, lauscht, bereitet sich auf etwas vor und wartet...“

Diese Stille kann doch unmöglich ewig dauern? Sie muß doch mit irgend etwas ein Ende nehmen! Das Vorgefühl von etwas Drohendem nagt an der Seele...“

So vergingen Tage und Nächte und wieder Tage und Nächte, die einander vollkommen glichen.“

„Weit öffnete sich das Tor der Zitadelle, und das Entsetzen in mir wich dem Gefühl des Entzückens. Fünf Jahre schon hatte ich den nächtlichen Himmel nicht gesehen. Jetzt wölbte er sich über mir, und die Sterne leuchteten mir.“

Die hohen Mauern der Zitadelle schimmerten weiß, und wie in einen tiefen Brunnen strömte das silberne Licht der Mondnacht herab. Der ganze Hof war mit Gras bewachsen; der Fuß versank darin und empfand seine erfrischende Kühle, es lockte und sprach von grünen Wiesen, von freien Feldern.“

Von einer Mauer zur andern zog sich ein niedriges, weißes Gebäude hin. In der Ecke stand ein hoher Baum. Hundert Jahre schon wuchs er einsam ohne Kameraden; und in seiner Einsamkeit entfaltete er ungehemmt seine wunderbare Krone.

Die Schlüssel kllirrten...“

Nach einem erregenden Streit mit dem Gefängnisinspektor wurde sie eines Nachts über den Hof geführt.

„Nach wie vor standen die weißen Mauern der Festung mit den eckigen Türmen, und nach wie vor waren die Festungstore geschlossen.“

Aber im Innern des Gefängnisses hatte sich alles verändert.“

Von der einst so zahlreichen „Bevölkerung“ war der größte Teil an Skorbit oder Tuberkulose gestorben; einige hatten ihre Strafzeit vollendet, manche waren begnadigt und drei Gelstesranke 1896 in ein Irrenhaus übergeführt worden. Für die letzten dreizehn bestand nach wie vor dasselbe Personal. Auf jeden Gefangenen kamen etwa 20 bis 25 Wächter, und der Unterhalt jedes Gefangenen kostete nicht weniger als 7000 Rubel jährlich, was zu jener Zeit eine bedeutende Summe war.“

„Der Schleier des Vergessens senkte sich über uns.“

Die lange, schwere Periode der Anpassung war vorbei, wer nicht gestorben, nicht durch Selbstmord zugrunde gegangen, nicht wahnsinnig geworden war, hatte sein Gleichgewicht wiedergewonnen. Das Leid, der Schmerz war überwunden. Es schien unglaublich, daß draußen noch jemand unserer gedachte. Wir konnten es nicht glauben, daß unsere Namen noch in der Erinnerung jener lebten, die nach uns gekommen, die uns persönlich nicht gekannt hatten.“

„Solange ich gefangen gehalten wurde, konnte ich den ganzen Schaden, den mir die Strafe zugefügt hatte, die mich doch für viele Jahre aus dem allgemeinen Lebensstrom herausgerissen hatte, weder erfassen, noch hatte ich einen Maßstab, mit dem ich ihn hätte messen können.“

Nun brach das Unglück über mich herein: ich begriff die Tiefe des mir zugefügten Schadens.“

Während das Leben für mich stillstand, war es außerhalb des Gefängnisses nicht stehengeblieben: alles hatte sich dort weiter fort bewegt, alles hatte sich verändert...“

„In diesem Lande, das früher ausschließlich vom Ackerbau gelebt und von Bauern bewirtschaftet wurde, hatte sich die Industrie nun einen führenden Platz erobert, und ihr Begleiter und Antagonist, nämlich das Proletariat von westeuropäischem Zuschnitt, zögerte nicht, auf den Plan zu treten. Um 1904/05 war es schon so zahlreich, so fest zusammengefügt und so bewußt, daß es dem Kapital bereits erfolgreiche Schlachten liefern und an die Regierung politische Forderungen richten konnte.“

In jener Epoche, in der die revolutionäre Partei der „Volks-Wille“ (welcher ich angehörte) mit der Monarchie kämpfte, hatten wir, entsprechend den Zeitverhältnissen, keinen Rückhalt bei den Massen finden können. Nun aber hatten die revolutionären Parteien eine Armee von Fabrikarbeitern hinter sich, die in den politischen Wirbel mit hereingerissen waren. Auch das Bauerntum erwachte aus seinem Schlaf.“

Während nun trotz Beibehaltung der alten staatlichen Struktur die ganze Physiognomie Rußlands, sein ganzes inneres Leben, die Sitten, die Forderungen und der Maßstab der sozialen Betätigung sich geändert hatten, während neue Parteien und Gruppierungen entstanden und neue Programme die Gemüter eroberten, war ich in meiner einsamen Festungszelle ohne alle Bewegung geblieben, so wie ein toter Stein seitab vom Ufer eines wasserreichen Stromes liegen mag, der seinen Lauf geändert hat.“

Der dritte Teil ihrer „Erinnerungen“ gibt Wera Figners hartem Eingeständnis recht. Den Kampfeswillen, den sie und ihre Kameraden eingesetzt hatten, hat der Zarismus endgültig gebrochen. Die Spannkraft fehlte, dem neuen revolutionären Aufschwung sich einzureihen und ihn zu befruchten. Aber der gleiche Wille, losgelöst von seinem „Zirkel“-Wesen, eingefügt in den Kampf einer großen proletarischen Bewegung, würde imstande sein — und darin liegt die politische Bedeutung solcher starken Naturen —, unter den schwersten Verhältnissen, in den erdenklichsten Lagen den Grundsätzen der Partei treu zu bleiben. Sie würden, nach Lenins Worten, „auf die Umgebung im Geist der Gesamtpartei einwirken, sich nicht aber von der Umgebung verschlingen lassen.“

Von Theorie und Praxis der Siedlung.

Seit mehr als sechsunddreißig Jahren rufe ich unermüdet in die Welt hinein, daß nichts anderes als die Siedlung im größten Stile und im schnellsten Schrittmäß die Welt des weißen Mannes vor dem Zusammenbruch retten kann.

Mein erstes größeres Werk von 1896 trägt den Titel: „Die Siedlungsgenossenschaft, Versuch einer positiven Ueberwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage“; mein zweites, von 1898, heißt „Großgrundeigentum und soziale Frage“. Ich habe damals den Zusammenbruch des osteuropäischen Großgrundeigentums aus politischen und ökonomischen Notwendigkeiten als unvermeidlich vorausgesagt, und habe mit dem ersten für Rußland, Rumänien, die Tschechoslowakei und Polen, und mit dem zweiten für Deutschland recht behalten.

Ich habe die Aufnahme gefunden, die jeder Neuerer findet, verspottet und sekretiert zu werden; noch heute lehnen es die offiziellen Theoretiker der „zwei Nationalökonomien“, der bürgerlichen und der marxistischen, hartnäckig ab, sich mit meiner Lehre auch nur ernstlich zu beschäftigen — und sind doch beide hoffnungslos bankrott! Aber die Praxis, die ich auf Grund eben dieser Theorie vorgeschlagen und in Modellen vorgeführt habe, diese gleiche Praxis wird heute in Deutschland und anderwärts, sogar in China, und nicht nur von meinen eigenen Schülern, leidenschaftlich propagiert, als das einzige Mittel der Rettung aus der jetzt riesengroß gewordenen Not; und heute sehen sogar manche meiner bittersten Gegner, der Großagrarien selber, allmählich ein, daß allein die Siedlung sie aus ihrer verzweifelt Lage retten kann.

Nun sind aber meine Theorie und meine Praxis aus einer Wurzel gewachsen, und niemand kann die Praxis richtig verstehen, der die Theorie nicht richtig verstanden hat. Daher auch heute noch, trotz unzähliger Veröffentlichungen, die größten Mißverständnisse dessen, was ich will und erreicht habe.

Siedlung bedeutet mir, möglichst viele Menschen durch ihr wohlverstandenes Interesse mit der Scholle zu verwurzeln.

Jenes besagt, daß die höchste mögliche Intensität erstrebt wird: denn je intensiver die Bodenwirtschaft, um so kleiner ist die je Kopf erforderliche Fläche. Und das zweite besagt, daß die Siedler in den unverlierbaren Besitz ihres Bodens gebracht werden müssen; das muß nicht unter allen Umständen das absolute Eigentum, und das muß ebensowenig das individuelle Eigentum sein: es genügt vollkommen, wenn Kündigung und Erhöhung der Pacht ausgeschlossen sind, abgesehen von Kündigung infolge eigener schwerer Verschuldung; und es genügt ebenso, wenn ein Kollektiv den Boden zu eigen besitzt, sei es der Staat oder eine öffentliche Körperschaft, sei es eine gemeinnützige Gesellschaft oder schließlich die Genossenschaft der Siedler. Aber erfordert ist in jedem Falle, daß die Möglichkeit ausgeschlossen wird, mit dem Boden spekulative Gewinne zu machen.

Warum diese Forderung? Ich will mit einigen Sätzen von KARL MARX antworten, die sämtlich unbe-

streitbar, ja, evident richtig sind, die er aber leider nicht zur Grundlage seiner Lehre gemacht hat:

Die Grundlage des ganzen kapitalistischen Prozesses bildet „die Expropriation der Masse des Volkes vom Grund und Boden. Insofern ist das Monopol des Grundeigentums eine historische Voraussetzung und bleibt fortwährende Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise.“

(„Kapital“, III, 2, Seite 155/6.)

Im letzten Kapitel des ersten Bandes seines großen Werkes sagt der Meister von den „Freien Kolonien“, in denen noch nicht aller Grund und Boden monopolisiert ist: „Wo jeder Ansiedler einen Teil davon in sein Privateigentum und individuelles Produktionsmittel verwandeln kann, ohne den späteren Ansiedler an derselben Operation zu verhindern“, da verschwindet der Arbeiter „vom Arbeitsmarkte, aber nicht ins Workhouse“; er wird „selbstwirtschaftender Bauer oder Handwerker“: hier sind, wie er selber klar ausspricht und wie sein Kommentator KAUTSKY wiederholt, Geld und produzierte Produktionsmittel nicht „Kapital“, weil sie sich nicht „verwerten“, das heißt: den Mehrwert des Profits nicht abwerfen.

Wo Jedermann freier Boden zugänglich ist, da ist also Kapitalismus unmöglich.

Nun wäre aber auch in den am dichtesten bevölkerten Ländern noch sehr viel freier Boden vorhanden, wenn er nicht monopolisiert wäre, das heißt: wenn er nicht von Wenigen in so großen Stücken als Großgrundeigentum besetzt worden wäre, daß für die Volksmasse nichts mehr übrig ist. Nur darum gibt es eine Arbeiterklasse, und daher Kapitalismus: und

darum muß der erste Schritt zur Lösung der sozialen Frage unbedingt darin bestehen, das Bodenmonopol zu brechen, das Großgrundeigentum wieder in das Eigentum der arbeitenden Masse selber zu bringen.

Die Russen haben den ersten Schritt getan, aber leider nicht nur ihn allein. Sie haben es, aus ihrer kommunistischen Theorie heraus, für notwendig befunden, gleichzeitig auch die Industrie, den Handel und das Bankwesen samt dem Transportgewerbe zu sozialisieren; die Folge war zunächst der lange Bürgerkrieg mit seinen unendlichen Verlusten an Gut und Blut, und dann der verzweifelte Kampf um die Herstellung einer neuen wirksamen Wirtschaftsordnung, der bisher wenigstens zu Lasten der schwerleidenden Volksmasse geführt worden ist; was sie bisher geschaffen haben, ist eitel Technik, aber nicht im mindesten Volkswirtschaft, noch nicht einmal Wirtschaft, wie sie jetzt selber anerkennen: die Werke kosten fast sämtlich mehr, als sie einbringen. Der neueste Kurs ist denn auch, hoffentlich dieses Mal für immer, von dem extremen Kommunismus entschieden abgerückt: mit der Entlohnung nach der Leistung, mit der Einsetzung der Spezialisten in die ihnen gebührende Stellung u. s. w. Und so könnte vielleicht das große Ziel doch noch erreicht werden, aber freilich nur nach einem ungeheuren Umwege über schwerste unnötige Leiden von Millionen hinweg.

Aus der Theorie folgt die Praxis.

Möglichst vielen Deutschen Anteil am Boden! Das heißt, daß ich mich durchaus nicht auf die Ansetzung von Bauern festlege. Mir sind Gärtner- und Landarbeiterstellen, ja sogar unselbständige Heimstätten mit einem Garten, groß genug, um den Bedarf einer Familie an Obst, Gemüse u. s. w. zu decken, ganz ebenso wichtig. Und das heißt weiter, daß mir die juristische Besitzform sehr gleichgültig ist, wenn sie nur die Spekulation mit dem Boden ausschließt: Erbpacht, Erbmiete, Erbbaurecht, Rentengut mit eingetragener Rückkaufsrecht zum Ausgabepreise samt Melioration, Eigentum mit der gleichen grundbuchlichen Beschränkung, genossenschaftliches Eigentum mit gesichertem Besitzrecht der Genossen: das alles läßt sich brauchen.

Mein eigenes Verfahren, das ich seit nunmehr fast zwölf Jahren, erst auf dem ehemaligen Remontengut Bärenklau bei Berlin, dann auf Lüdersdorf bei Wriezen, neuestens auf den Gütern Blumberg dicht bei Berlin und Döben im Bezirk Magdeburg, anwende, besteht darin, daß ein Großgut von der von mir gegründeten „Gemeinnützigen Siedlungs-Treuhandgesellschaft m. b. H.“ erworben, aber nicht, nach der bisher allein geübten Methode, sofort ganz aufgeteilt, sondern zunächst weiter bewirtschaftet und dabei auf den höchsten erreichbaren Grad der Intensivwirtschaft gehoben wird. Ohne große Störung des Betriebes werden allmählich eine Anzahl von größeren und kleineren Siedlungen für Bauern, Gärtner, Landarbeiter, und auf den sehr günstig zu Berlin und anderen Städten gelegenen Gütern Bärenklau und Blumberg, auch Heimstätten angelegt und an Bewerber ausgegeben. Die eigenen Landarbeiter werden dabei bevorzugt; für diejenigen unter ihnen, die nicht in der Lage oder willens sind, sich anzusiedeln, wird nach Möglichkeit durch Intensivierung des Betriebes dauernde Arbeitsgelegenheit geschaffen. Es ist heute anerkannt, daß dieses Verfahren mindestens als Uebergang dem älteren vorzuziehen ist, das sehr viel Zeit und Geld und, für Zuwege und Raine, sehr viel Land kostete, die Ablösung der Hypotheken bedang und die

Kultur des Gutes auf längere Zeit hinaus schwer schädigte.

Das „Restgut“, das aber noch immer ein stattliches Großgut bleibt, tritt mit seinen Siedlern in genossenschaftliche Beziehungen ein, so daß es die Siedler, wie der Ausdruck lautet, „mit einem Korsett von Genossenschaften“ stützt und trägt. Der Beitritt ist frei; niemand wird gezwungen; aber der eigene Vorteil bringt die Mehrzahl bald dahin, sich anzuschließen. Den Ausgangs- und Mittelpunkt bildet ein Konsumverein, an den sich in Bärenklau bereits eine genossenschaftliche Mühle und Bäckerei angeschlossen haben; natürlich dient er auch als Bezugs-genossenschaft. Hier hat der Umsatz bereits die 100 000 Mark weit überschritten und wird weiter wachsen, denn das Dorf wächst selber an Menschenzahl und Wohlstand. Wir übernehmen es mit etwa 160 Menschen, sehr armen Landarbeitern. Ende dieses Jahres, wenn die 36 im letzten Jahre gebauten Heimstätten sämtlich bezogen sein werden, wird sich die

Billige ausbaufähige Stellen!

Neuerdings haben die Behörden, von denen wir sehr abhängig sind, weil wir vorwiegend mit Staatsgeldern arbeiten, „Siedlungs- und Baukredit“ u. s. w. (außerdem ist der preussische Staat der größte unserer Gesellschafter), sich endlich dazu bereit erklärt, ihre Ansprüche an die Siedlungsbauten herabzusetzen. Bis dahin kamen für die Bauern- und Gärtnerstellen fast nur Bewerber mit stattlichem Eigenkapital in Frage: eine Bauernstelle kam auf etwa 40 000, eine Gärtnerstelle auf etwa 22 000 Mark, wovon das Gehört reichlich die Hälfte kostete. Mir aber lag und liegt am meisten daran, für diejenigen einzutreten, die nur geringe Ersparnisse besitzen. Darum ist es mir eine Genugtuung, daß wir zur Zeit in Blumberg, das ganz dicht bei Berlin liegt, die ersten „Einfachbauten“ haben errichten dürfen, massive, wettordichte, der Erweiterung fähige, aber doch sehr einfache Häuschen. Sie kosten mit Stall und Arbeitsraum durchschnittlich nur noch 2500 Mark.

Einwohnerzahl mehr als verfünffacht

haben. Unter den Siedlern befindet sich bereits eine ganze Reihe von Handwerkern, die einen beträchtlichen Teil ihrer Zeit für die Genossen arbeiten, im übrigen aber für den freien Markt tätig sind. Die recht erheblichen Ueberschüsse der Genossenschaft kommen den Mitgliedern zum Teil unmittelbar, als eine zu Weihnachten zahlbare Einkaufsdividende, zum Teil mittelbar zu gute; sie werden aufgeschätzt und als billige Siedlungsdarlehen an die Kapitalschwächsten ausgeliehen.

Nur in einer Beziehung üben wir einen Zwang aus. Jeder unserer Siedler, ob klein oder groß, muß der „Markgenossenschaft“ beitreten und von ihr aufgenommen werden, wenn kein wichtiger Grund zu seiner Nichtaufnahme besteht; wenn einer besteht, kann er bei uns nicht siedeln.

Diese Genossenschaft soll später einmal die Siedlungs-Treuhand-Gesellschaft als Eigentümerin des ganzen Gutes samt den darauf ruhenden Rechten und Pflichten ablösen, wenn die Siedlerschaft die nötigen Mittel aufbringen kann und den Wunsch hat.

Das sind die Hauptzüge unseres Verhältnisses zu den selbständigen Siedlern. Es legt uns Lasten auf, die den übrigen Siedlungsträgern erspart bleiben; denn wir bleiben in dauernder Berührung und haben deshalb mit allerlei Beschwerden und Wünschen zu tun, die nicht immer gerechtfertigt sind. Trotz der furchtbaren Ungunst der Zeit für die Landwirte, der katastrophalen Preisgestaltung, sind unsere Siedler fast ohne Ausnahme gediehen, freilich bei schwerer Arbeit; Rückstände der Rente kommen kaum vor, und ihre Ställe zeigen, wie sie sparen konnten.

Landarbeiter im Großbetrieb.

bleibt noch das Verhältnis zu den Arbeitern des „Zentralbetriebes“ darzustellen, den angesiedelten und den nicht angesiedelten. Zunächst ist hier zu sagen, daß wir keine Wanderarbeiter mehr einzustellen brauchen; die Arbeitsspitzen werden von den Familien unserer kleineren Siedler bewältigt. Damit haben wir für unseren Teil einen Krebschaden der Volkswirtschaft ausrotten können. Unsere Arbeiter erhalten den örtlichen Tariflohn einschließlich Deputat, selbstverständlich reichlich und in bester Beschaffenheit. Sie werden als Menschen von Würde behandelt; der berühmte „ostelbische Verkehrston“ hat bei uns keine Stätte. Wir haben ihnen nach Möglichkeit geräumige gute Wohnungen errichtet, haben ihnen Gärten, mit edlen Obstbäumen übergeben und den Zutritt zu sämtlichen Genossenschaften mit ihren Vorteilen erschlossen. Bärenklau verfügt bereits über ein sehr schmuckes Genossenschaftsheim mit eigener alkoholfreier Wirtschaft, Radio u. s. w. Die übrigen Güter werden all das in besseren Zeiten auch erhalten.

Besseren Zeiten bleibt auch noch ein Versuch vorbehalten; auf den ich große Hoffnungen setze: eine Gewinnbeteiligung der Gutsarbeiter am Reingewinn der Betriebe nach neuen Grundsätzen. Ich erwarte davon eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsleistung nach Quantität und namentlich nach Qualität, und daher eine beträchtliche Vermehrung des Reingewinns. Von dem Ergebnis des Versuches wird es abhängen, ob die

„Anteilswirtschaft“

(so nenne ich mein Verfahren) in manchen Fällen sich auf die Dauer erhalten wird oder ob sie regelmäßig nach einer gewissen Zeit in die Produzenten-Genossenschaft der vereinigten Siedler übergehen wird, die sich in das Restgut teilen. Bisher war es nicht möglich, angesichts der schweren Agrarkrise Deutschlands, den psychologischen Hebel mehrfach und stark genug zu ziehen. Die Gesellschaft muß damit zufrieden sein, ihre Selbstkosten einigermaßen herauszuwirtschaften; Ueberschüsse wird heute kaum ein einziger Großbetrieb in Deutschland erzielen können. Im übrigen dürfen wir mit dem Arbeitseifer und der allgemeinen Haltung der Belegschaft durchaus zufrieden sein. Von den mir von „autoritativster“ Seite prophezeiten Disziplinarschwierigkeiten haben wir seit der allerersten Zeit nichts gespürt — und die hatten wir lediglich der Verhetzung von außen her gegen die „Judenwirtschaft“ zu danken.

Die Rente der Stelle ist daher so niedrig, daß sie fast unter allen Umständen aufgebracht werden kann.

Durch Zupacht und späteren Zukauf kann auch aus einer anfänglichen Landarbeiterstelle bei gutem Fleiß und Glück eine Kleinbauernstelle, und aus dieser eine Vollbauernstelle werden.

Dieses Verfahren baut dem armen Landvolk die Leiter, auf der es sich emporheben kann: die Leiter, die es im Bauernbezirk überall hat, aus der aber im Großgutsbezirk alle Sprossen herausgebrochen sind.

Wo aber solche Möglichkeit des Aufstiegs gegeben ist, da sitzt das Landvolk fest auf der Scholle, wachtet nicht in die Industrie ab, und verdirbt den Industriearbeitern nicht den Markt. Und das zu verhindern, ist ja die letzte Absicht der Praxis, wie es das letzte Wort der Theorie ist. Franz Oppenheimer.